

## Antrag

der Fraktion der PDS

### Flutkatastrophe 2002: Den Opfern langfristig und wirksam helfen – Rüstungsprojekte streichen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Erfüllung ihres grundgesetzlichen Auftrages helfen seit Tagen auch Zehntausende von Soldaten der Bundeswehr rund um die Uhr mit, die Folgen der Flut zu lindern.

Der Umfang der durch die Hochwasserkatastrophe verursachten materiellen Schäden ist noch nicht absehbar. Erste Schätzungen beziffern ihn jedoch allein für Sachsen auf 15 Mrd. Euro. Die Finanzierung der Schadensbeseitigung muss, besonders mit Blick auf den Rückschlag beim Aufbau Ost, mindestens die Summe umfassen, die einen vollständigen Schadensausgleich gewährleistet. Andernfalls besteht keine Aussicht, dem schon zuvor schwierigen wirtschaftlichen Aufholprozess neuen Schwung zu verleihen.

Die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung zur Finanzierung der Katastrophenfolgen in Höhe von 7,1 Mrd. Euro reichen folglich nicht aus. Deswegen dürfen, dem Beispiel Tschechiens und Österreichs folgend, auch militärische Großprojekte nicht länger unantastbar bleiben.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Entwicklung eines neuen Schützenpanzers (2 Mrd. Euro) zu stoppen,
- auf die Anschaffung des Transportflugzeuges A400M (9,6 Mrd. Euro) zu verzichten und
- darüber hinaus alle weiteren Vorhaben des milliardenschweren Rüstungsprogramms für den Umbau der Bundeswehr zu einer, dem Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes widersprechenden, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee auf den Prüfstand zu stellen.

Berlin, den 27. August 2002

**Roland Claus und Fraktion**

